Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Landwirtschaft
Mattenhofstrasse 5
3003 Bern

24. Juni 2013

Verordnungspaket zur Agrarpolitik 2014 – 2017: Anhörungsverfahren

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 8. April 2013 laden Sie uns ein, zum oben genannten Verordnungspaket Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, unsere Überlegungen und Anliegen einbringen zu können.

1. Vorbemerkungen

Wir bedauern sehr, dass sich im Parlament der modifizierte Vorschlag des Schweizerischen Bauernverbandes zur Abfederung von Härtefällen bei der Ablösung der Tierbeiträge nicht durchgesetzt hat. Durch den abrupten Wechsel wird der Strukturwandel unnötig angeheizt. In unserem Kanton geraten dadurch viele kleine Betriebe mit Aufstockung unter grossen wirtschaftlichen Druck, weil sie die Direktzahlungsverluste mit den neuen Massnahmen nicht vollständig auffangen können. Die gleichen Betriebe leiden zudem bereits jetzt unter den Folgen des anhaltend tiefen Milchpreises. Auch muss davon ausgegangen werden, dass ein Teil der bisherigen Bundesgelder aus unserem Kanton abfliessen wird.

Wir begrüssen die Zusammenlegung von verschiedenen Verordnungen in die Direktzahlungsverordnung. Gleichzeitig müssen wir jedoch feststellen, dass die Regelungsdichte erneut zugenommen hat und von den versprochenen Erleichterungen für den Vollzug nichts zu spüren ist. Vor allem bei den Anhängen müssen unbedingt noch Vereinfachungen erreicht werden.

Die Einschätzung, wonach sich bei den Kontrollen der Mehraufwand trotz Einführung neuer Bereiche (Beitrag für graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion, Qualitätsbeiträge Stufe II und III, Landschaftsqualitätsbeiträge etc.) in Grenzen halten soll, können wir nicht nachvollziehen. Neben den zusätzlichen Bereichen sollen alle bestehenden Programme weitergeführt werden. Die zusätzlichen Bereiche bedeuten hingegen Mehrarbeit, die zusätzlich bewältigt und finanziert werden muss. Um die Effizienz und die Glaubwürdigkeit der Kontrollen zu erhöhen, muss die Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (Kontrollkoordinationsverordnung VKKL) in Zukunft ermöglichen, dass die Kantone die Grundkontrollen nach Themen (z.B. Tierschutz, Ethoprogramme, Pflanzenbau usw.) oder gar nach Kontrollpunkten aufteilen und koordinieren können. Nur so ist es möglich, dass die Kontrollen zeitgerecht durchgeführt und optimal koordiniert werden können (z.B. Tierhaltung im Winterhalbjahr, Pflanzenschutz – Erosionsschutz im Sommerhalbjahr usw.). Die Kontrollen müssen zudem

für den Kontrolleur und für den Landwirt fachlich korrekt und in einer angemessenen Zeit zu bewältigen sein.

Die Einführung einer dritten Qualitätsstufe bei den Biodiversitätsförderflächen (BFF) und die Ausdehnung gewisser Beitragsarten ins Sömmerungsgebiet bedingen einen massiven Umbau unseres bisherigen *Stufenmodells mit dem kantonalen Mehrjahresprogramm* Natur und Landschaft (MJPNL). Es sind deshalb alle Neuerungen bereits auf das Jahr 2014 einzuführen, da wir sonst mit erheblichem Mehraufwand rechnen müssen.

2. Grundsätzliche Erwägungen

Die Beitragsabstufungen und die maximale Beitragshöhe nach Standardarbeitskraft bei einem Einstieg in die neuen Programme dürfen nicht zu einer Schlechterstellung gegenüber heute führen.

Gemäss unseren Berechnungen führt der vorgesehene minimale Tierbesatz dazu, dass eine ganze Anzahl traditionell sehr extensiver Jurabetriebe die Versorgungssicherheitsbeiträge nur erhalten, wenn sie den Tierbestand aufstocken. Dies kann kaum die Absicht sein und gilt es zu verhindern.

Beim neuen BFF-Typ „Uferbereich entlang von Fliessgewässern“ besteht zwingender Handlungsbedarf. Da diese Flächen in den vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen nur zur Betriebsfläche, nicht aber zur Landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) zählen, sind weder Kulturlandschafts- noch Versorgungssicherheitsbeiträge vorgesehen. Mit dem vorgeschlagenen Beitrag von 300 Franken pro Hektare wird die Akzeptanz dieses BFF-Typs verschwindend klein sein, was die Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes betreffend die Bewirtschaftung der Gewässerräume erheblich erschwert. Entweder muss dieser BFF-Typ weiterhin als LN anerkannt bleiben oder der Beitrag für die Qualitätsstufe I wird entsprechend erhöht.

Die Beiträge für die Qualitätsstufe III sollten zusätzlich zu den nationalen Inventarflächen für weitere Flächen gewährt werden können, sofern eine festzulegende floristische Qualität nachgewiesen wird und eine schriftliche Nutzungs- und Schutzvereinbarung mit dem Kanton besteht. Es soll das Prinzip „gleiche Beiträge für gleiche Leistung“ zur Anwendung kommen.

Die vorgesehene Reduktion der Vernetzungsbeiträge stufen wir als sehr kritisch ein. Sie führt einerseits zu falschen Signalen gegenüber den an den Vernetzungsprojekten beteiligten Landwirten: Geringere Beiträge für gleiche Leistung. Andererseits führt diese Reduktion auch dazu, dass die Trägerschaften für die Dauer von bis zu sechs Jahren nicht die finanzielle Entlastung erfahren werden, welche ihnen in Aussicht gestellt worden ist. Müssen diese doch den Landwirten für die in den laufenden Verträgen vereinbarten Beiträge bis Ende der Periode Besitzstand gewähren. Dies kann sich für die Lancierung von Landschaftsqualitätsprojekten mit regionaler/kommunaler Trägerschaft negativ auswirken.

Eine Limitierung sowohl der Beiträge, als auch der Projekte bei der Einführung der Landschaftsqualitätsbeiträge lehnen wir entschieden ab. Diese führt zu Ungleichbehandlung oder zu wenig attraktiven Beitragsansätzen. Wenn diese Massnahme Erfolg haben soll, darf der Einstieg nicht auf diese Art in Frage gestellt werden. Dies würde von den Landwirten nicht verstanden. Allenfalls müsste eine gesamthafte Verschiebung der Einführung dieser Massnahme z.B. auf das Jahr 2016 geprüft werden. In der Zwischenzeit wäre ein Zusatzbeitrag bei den Versorgungssicherheits- und Offenhaltungsbeiträgen auszurichten.

Die Koordinationsmöglichkeit von Vernetzungs- und Landschaftsqualitätsprojekten wird ausdrücklich begrüsst. Indem die bestehenden Strukturen der Vernetzungsprojekte übernommen werden können, kann der administrative Aufwand bei der Umsetzung der Landschaftsqualitätsprojekte tief gehalten werden. Die bei den Vernetzungsprojekten vorgesehenen administrativen Vereinfachungen sind zu begrüßen, wobei diese aber konsequenter umgesetzt werden sollten. Entsprechendes Potenzial orten wir bei den Feldbegehungen zur Überprüfung der Auswahl von Ziel und Leitarten, der Definition von Wirkungszielen sowie bei den umfangreichen Kontrollen.

Für die Qualitätsstufen II (inkl. neu für die Sömmerung) und III sowie für die Vernetzung sind präzisierende Wegleitungen, Weisungen und Vollzugshilfen vorgesehen, welche im Rahmen der aktuellen Anhörung nicht zugänglich sind. Für die Beurteilung der Vollzugstauglichkeit der vorliegenden Ausführungsbestimmungen sind jedoch diese Präzisierungen entscheidend. Entsprechend sind die zuständigen kantonalen Arbeitsstellen bei deren Ausarbeitung einzubeziehen. Bereits vom BLW genehmigte kantonale Arbeitshilfen sollten soweit möglich unverändert belassen werden.

Die mit den Ressourceneffizienzbeiträgen geförderten Massnahmen haben grundsätzlich positive Auswirkungen auf die Ressourcen Boden, Wasser und Luft. Es gilt hingegen zu beachten, dass sich einzelne Massnahmen für einzelne Ressourcen positiv für andere aber negativ auswirken können. So führt die Förderung von reduzierter Bodenbearbeitung mit Massnahmen wie Direkt- und Mulchsaat oft zu einem erhöhten Einsatz von Herbiziden, mit möglichen negativen Auswirkungen für Gewässer oder Bodenleben. In dieser Hinsicht begrüssen wir die Abgeltung von herbizidloser reduzierter Bodenbearbeitung gemäss Art. 77.

Grundsätzlich begrüssen wir die Einführung des neuen Produktionssystems mit Beiträgen für eine graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion. In der vorliegenden Form ist das System aber vor allem für die Milchproduktion und das Talgebiet nicht attraktiv.

Es werden keine Einzelkulturbeiträge für Futtergetreide vorgeschlagen. Dies ist vor dem Hintergrund der Parlamentsentscheide nicht nachvollziehbar. Die Wirtschaftlichkeit von Futtergetreide ist gering und mit den vorgeschlagenen Änderungen im Rahmen der AP 14-17 wird diese noch weiter sinken. An Stelle des tieferen Referenzpreises und Zollansatzes für Brotgetreide sollten deshalb Einzelkulturbeiträge für Futtergetreide eingeführt werden.

Der bestehenden inhaltlichen Überschneidung zwischen Direktzahlungsverordnung (DZV) und Veterinärgesetzgebung wird zu wenig Beachtung geschenkt. Zur Wahrung der Rechtssicherheit und klarer Vollzugsbedingungen in diesem Bereich ist eine klare Abgrenzung bzw. Abstimmung der materiellen Regelungsbereiche dieser Erlasse dringend notwendig. Der Tierschutz soll weiterhin Bestandteil des Ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) bleiben. Allerdings ergibt sich insgesamt für den Schnittbereich Tierschutz in Betrieben mit ÖLN noch kein ausreichend klares Normengerüst, welches die organisatorischen Vorgaben und Zuständigkeiten festhält. Zudem ist die Begriffsverwendung uneinheitlich, was die Anwendung und Umsetzung der Verordnung zusätzlich erschwert.

3. Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen

Unsere Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen haben wir wie gewünscht in der beigelegten Tabelle zusammengestellt, welche wir Ihnen auch elektronisch übermitteln werden. Dabei beschränken wir uns bewusst auf die für unseren Kanton wichtigen Bereiche. Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahmen der Landwirtschaftsämter (KOLAS) und der Kantonstierärztinnen und -tierärzte (VSKT).

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung der geschilderten Anliegen.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Esther Gassler
Frau Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage: Tabelle mit den Bemerkungen zu den einzelnen Ausführungsbestimmungen